

Kontakt:

Uta Hohlfeld

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: utahohlfeld@t-online.de

www.dielinke-brandenburg.de

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

3. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Mai 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 3. Informationsblatt übergeben wir Euch eine erste, unter Federführung von Gen. Prof. Dr. Herbert Meißner erarbeitete Stellungnahme des Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg zum 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE.

Diese erste Stellungnahme soll dazu dienen, alle Mitglieder unserer Partei in Brandenburg über den Standpunkt der KPF zu informieren. Damit soll allen Interessierten die Positionsbestimmung erleichtert, die Teilnahme an der Programmdiskussion stimuliert und das Zustandekommen eines eindeutig antikapitalistischen sozialistischen Parteiprogramms gefördert werden. Die KPF des Landes Brandenburg wird sich auf der Grundlage dieser Stellungnahme an der weiteren Arbeit am Parteiprogramm konstruktiv beteiligen und dabei eigenständige Aktivitäten entwickeln.

Erneut bitten wir Euch, uns nach Erhalt des Blattes Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme zu ausgewählten Fragen mitzuteilen.

Besonders interessiert sind wir an Euren bisherigen Einschätzungen zum vorliegenden Parteiprogrammentwurf. Für die Übersendung von Diskussionsergebnissen, Stellungnahmen, Positionen und Meinungen wären wir Euch dankbar.

Die Sprecher des LKR

Erste Stellungnahme des Landeskoordinierungsrates der Kommunistischen Plattform in Brandenburg zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE

Dieser Entwurf ist eine gute Grundlage für ein sozialistisches Parteiprogramm. Er hat klare antikapitalistische Konturen und ist Ausdruck einer deutlichen Linksentwicklung der Partei. Diese Einschätzung beruht insbesondere auf folgenden Positionen des Entwurfs:

Es wird nicht die Verbesserung oder Reformierung des Kapitalismus gefordert, sondern seine grundsätzliche Überwindung.

Die dafür erforderliche Veränderung der gegenwärtigen Macht- und Eigentumsverhältnisse wird deutlich gekennzeichnet.

Es erfolgt eine qualifizierte Darstellung des heutigen kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems.

Es erfolgt eine klare Ablehnung der Wirtschafts- und Militärpolitik der EU und des Lissaboner Vertrags.

Es wird eine friedenspolitische Position vertreten, die Krieg als Mittel der Politik ablehnt und die Auflösung der NATO fordert.

Als Kampfformen für die Durchsetzung dieser und anderer Ziele werden neben Massendemonstrationen und Bürgerbegehren auch ziviler Ungehorsam, politischer Streik und Generalstreik angeführt.

Es werden deutliche Bedingungen für eine ggf. notwendige Koalitions – und Regierungsbeteiligung dargestellt.

Zum demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert werden prinzipielle Aussagen gemacht, soweit das vorausschauend möglich ist. Darin finden sich auch Auffassungen wieder, die die KPF des Landes Brandenburg in ihrem Diskussionsmaterial über einen Sozialismus im 21. Jhdt. niedergelegt hat.

Diese Einschätzung bedeutet nicht, dass es nicht auch Änderungsvorschläge gibt. Diese werden nachstehend dargelegt und begründet.

1. Die friedenspolitische Position ist unter IV.4 angesichts der heutigen internationalen Friedensgefährdungen viel zu weit hinten, gewissermaßen unter „ferner liefen“, angesiedelt. Dieser Abschnitt sollte im Anschluss an die Kapitalismusanalyse eingeordnet werden.

Auch in der Präambel folgt der Kampf für Frieden und Abrüstung nach den Forderungen von sozialen Maßnahmen wie armutsfeste Rente, Bürgerversicherung für Gesundheit, und gerechtem Steuersystem an neunter Stelle.

Das alles ist aber nur machbar, wenn **vorab** die Friedenserhaltung gewährleistet wird.

2. Inhaltlich ist die friedenspolitische Position dahingehend zu konkretisieren, dass die an drei Stellen erfolgte Formulierung „sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr“ ersetzt wird durch „sofortiges Verbot jeglicher Einsätze im Ausland“.

Das „strikte Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete“ sollte nicht auf Krisengebiete beschränkt bleiben, von denen aus dann beliebige Weitergabe erfolgen kann. Es muss uns um das generelle Verbot von Waffenexporten gehen.

3. Um die friedenspolitische Position auch auf den Frieden im Inneren unseres Landes zu beziehen, sollte jeder militärische Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren verboten sein mit Ausnahme von Naturkatastrophen.

4. Die im Abschnitt I für die Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands getroffene Feststellung, dass „bürgerliche Demokratie mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung ... aufgebaut“ wurde, ist nicht ausreichend. Es erfolgte die Aufrechterhaltung der Macht der Rüstungskonzerne und anderer an den Kriegsgewinnen beteiligter Monopole. Führende faschistische Funktionäre, die an Vorbereitung und Führung des Krieges und an der Aufrechterhaltung der faschistischen Herrschaft maßgeblich beteiligt waren, wurden nicht zur Rechenschaft gezogen und konnten in hohe und höchste Staatsämter aufsteigen.

5. Es ist völlig unvertretbar, in diesem Zusammenhang den damaligen Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow als Friedenskämpfer einzuordnen. Vor einem Seminar an der amerikanischen Universität in Ankara sagte Gorbatschow im Herbst 1999: „Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus, dieser unerträglichen Diktatur gegen die Menschen“. Es gibt noch viele gleichartige Aussprüche von ihm. Es kann nicht unsere Sache sein, zu klären, ob es sich dabei um eine nachträglich installierte Lebenslüge handelt oder um einen viele Jahrzehnte währenden Betrug an der internationalen Öffentlichkeit handelt. In einem sozialistischen Parteiprogramm sollte er jedenfalls keinen Platz haben.

6. Im gleichen Abschnitt I wird zum Erbe der LINKEN generell „die Geschichte der Sozialdemokratie“ gezählt. Das ist sehr undifferenziert und sollte sich auf das sozialdemokratische Erbe von Wilhelm Liebknecht und August Bebel beziehen, nicht aber auch pauschal auf Gustav Noske und Gerhard Schröder.

7. Im Abschnitt I enthält der Teil über die Nachkriegsentwicklung in Ostdeutschland so viel Unexaktheiten Mängel und Lücken, dass eine Neuformulierung erforderlich ist. Von „Im Osten Deutschlands“ ... bis „...zu einem besseren Sozialismus“ sollte folgende Fassung treten: „Im Osten Deutschlands wurde nach der Befreiung vom Faschismus auf der Grundlage der

Potsdamer Beschlüsse der Alliierten mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht die Errichtung einer antifaschistisch – demokratischen Ordnung begonnen. Nach einer Volksabstimmung in Sachsen und Thüringen wurden Kriegsverbrecher, Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer enteignet. Durch eine demokratische Bodenreform erhielten Landarbeiter, landlose und Kleinbauern sowie tausende Umsiedler Eigentum an Grund und Boden.

Die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei zogen Schlussfolgerungen aus der verhängnisvollen Spaltung, die im Jahre 1933 den Machtantritt der Faschisten ermöglicht hatte, und schlossen sich im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei zusammen. Das geschah mit bewusster Zustimmung der weit überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteimitglieder. Ein kleiner Teil der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre widersetzte sich dem Zusammenschluss. Die bedauerliche Tatsache, dass diese Minderzahl verschiedene Formen der Drangsalierung erfuhr, dient heute der Darstellung, dass der Zusammenschluss der Arbeiterparteien eine Zwangsvereinigung gewesen sei. Das widerspricht den tausendfachen Erfahrungen jener Genossen, die diese Zeit selbst erlebt haben.

Die Einheit der Arbeiterklasse ermöglichte weitere Fortschritte zur Demokratisierung der Gesellschaft. Dazu gehörten u. a. die Justizreform, die das Bürgerliche Gesetzbuch durch sozialistische Rechtsnormen ersetzte und die Bildungsreform, die der Benachteiligung der Arbeiter- und Bauernkinder im Bildungsprozess ein Ende setzte.

Sehr nachteilig wirkte sich aber aus, dass durch Einfluß der Besatzungsmacht das sowjetische Sozialismusmodell größtenteils übernommen wurde. Das bewirkte, dass viele Probleme, die auf demokratische Weise hätten gelöst werden können und müssen, mit diktatorischen Methoden angegangen wurden.

Dadurch wurde die Schöpferkraft des Volkes nicht in dem Maße genutzt, wie es in einer sozialistischen Gesellschaft notwendig und möglich gewesen wäre. Das war letztlich eine der Ursachen für die Niederlage des Sozialismus.

Dennoch gibt es eine Reihe positiver Erfahrungen der Menschen. Dazu zählt die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur.

Für die künftige Gestaltung des demokratischen Sozialismus sind diese Erfahrungen ebenso wichtig wie die Lehren aus den begangenen Fehlern, zu denen u. a. die übermäßige Zentralisation der Entscheidungen, die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie die Einschränkung betrieblicher Selbstständigkeit gehören, wodurch die Innovations- und Leistungsfähigkeit bedeutend eingeschränkt wurden.

Eine wichtige Schlussfolgerung daraus ist, dass Sozialismus und Demokratie eine Einheit bilden müssen, wenn der Aufbau einer neuen Gesellschaft gelingen soll.

Die begangenen Fehler führten dazu, dass in den 80er Jahren des vorherigen Jahrhunderts die Unzufriedenheit großer Teile des Volkes wuchs. Es entwickelte sich eine Bürgerbewegung, die im Herbst 1989 zu großen Demonstrationen führte. Diese Bewegung strebte zunächst einen friedlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Aufbruch an mit dem Ziel des Wandels zu einem besseren Sozialismus.“

8. Auf S. 25 Abschnitt 1 des Programmentwurfs wird vom Niedergang vieler ostdeutscher Regionen und der Aneignung des ostdeutschen Staatseigentums durch internationale Konzerne mit Hilfe der Treuhand gesprochen. Das entspricht so nicht der historischen Wahrheit. Es müsste heißen: „durch die Annektionspolitik der Kohl-Regierung, die Treuhand und die internationalen Konzerne...“ (siehe auch „Die Schulden des Westens“ von Dr. Klaus Blessing).

9. Im Abschnitt V sind als Kampfmethoden sehr treffend politische Streiks und der Generalstreik genannt. Zur Verstärkung dieses Aspekts und zur Beseitigung von bisherigen Unsicherheiten über Staatsräson sollte angeführt werden: „DIE LINKE unterwirft sich nicht einer Staatsräson, die Kriege als Mittel der Politik praktiziert, die den systematischen Sozialabbau mit den so genannten Sachzwängen rechtfertigt und die den antifaschistischen Aktivitäten gegen den Neofaschismus mit Polizeigewalt entgegentritt.“

10. In der Präambel wie im Abschnitt IV wird als Gegenwartsforderung ein „gerechtes Steuersystem“ sowie „gerechte Steuern“ verlangt. Dies ignoriert, dass es im Kapitalismus gemäß seiner sozialökonomischen Struktur keine „gerechten Steuern“ geben kann. Richtig muss es heißen, dass DIE LINKE um ein „**gerechteres** Steuersystem“ und um „**gerechtere** Steuern“ kämpft, um die soziale Umverteilung von oben nach unten auch steuerlicherseits zu unterstützen.

11. Wir vermissen im Programmentwurf deutliche Aussagen zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Das ist für das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den Landbewohnern von großer Bedeutung. Hier besteht die Möglichkeit, an das Agrarkonzept der PDS „Dem Dorf eine Zukunft“ vom 8. März 1998 anzuknüpfen.

12. Die Aussagen im Programmentwurf zur innerparteilichen Demokratie sind richtig, sollten aber verbindlicher formuliert und inhaltlich vertieft werden. Das betrifft besonders die Wechselbeziehungen von Vorständen und Basisorganisationen. Daher sollte in diesem Abschnitt eingefügt werden: Die Mitgliedschaft muß als Souverän der Partei durchgehend Einfluss auf die Gestaltung der Parteipolitik haben. Dazu ist ein satzungsgemäßes Verhältnis der Vorstände und Fraktionen zur Parteibasis sowie ein wechselseitiger Informationsfluss zu gewährleisten.

Bei wichtigen Politikfeldern sind Entscheidungen erst zu treffen, wenn zuvor mit der Mitgliedschaft beraten und diese einbezogen wird. Die Rechenschaftslegung und Kontrolle gehören ebenfalls dazu.

Diese Änderungsvorschläge bedeuten keinen Zweifel am klaren sozialistischen Profil des Programmentwurfs, welches es gegen alle Versuche des Verwässerns und der Aufweichung zu verteidigen gilt. So wird z. B. die qualifizierte Analyse des heutigen Kapitalismus in Frage gestellt, wenn dem System außer Kapitaldominanz auch andere Tendenzen wie Demokratieentwicklung und Sozialstaatlichkeit als immanent zugeordnet werden (ND, 22. 03. 2010). Damit wird die alles dominierende Profitmaximierung als entscheidender Faktor relativiert und der ständige Abbau von Demokratie und Sozialstaatlichkeit wird ignoriert.

Oder: die konsequente friedenspolitische Position des Programmentwurfs würde aufgeweicht, wenn die Frage offen gehalten soll, „ob es nicht im Ausnahmefall militärischer Interventionen geben kann, die auch durch DIE LINKE gefordert werden können“ (ebenda). Das würde hinter dem Parteitag von Münster zurückfallen.

Ein anderer Autor stellt im ND am 6. April d. J. Seite 10 richtig fest, dass eine „weitgehende Erneuerung der Demokratie ... nach Maßstäben des Gemeinwohls ... stärker durchsetzbar (ist) bei öffentlichem Eigentum als bei transnationalen Konzernen“. Statt aber daraus abzuleiten, dass daher die transnationalen Konzerne – u. a. auch wegen ihrer marktbeherrschenden Stellung „in öffentliches Eigentum zu überführen sind, wird darauf hingewiesen, dass „die skandalöse Verstrickung von staatlichen Landesbanken in spekulative Finanzgeschäfte mit Milliardenverlusten ... oder das Herunterwirtschaften der Berliner S-Bahn zu Gunsten von Profiten der Muttergesellschaft“ des Staatskonzerns Deutsche Bahn deutlich zeigen würden: „Allein die Form des Eigentums, ob öffentlich oder privat, entscheidet nicht über die soziale und ökologische Qualität der Entwicklung“. Damit wird die These von Marx, dass die Eigentumsfrage die Grundfrage der sozialistischen Bewegung ist, deutlich ausgehebelt.

Das wird noch dadurch verstärkt, dass es ebenda heißt: „Möglichst viele Großunternehmen in öffentliche Hand zu übernehmen, würde nicht selbstläufig eine sozialökologisch funktionsfähige flexible Wirtschaftsregulierung hervorbringen ...“. Der Programmentwurf dagegen betont: „eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Eigentumsfrage“ und demokratischer Sozialismus „erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird“, wohl gemerkt: **überwunden**, nicht reguliert, kontrolliert, beeinflusst, usw. . Diese klaren Konturen des Programmentwurfs sollten unbedingt erhalten bleiben.

Wenn Spitzenfunktionäre der Partei in Mecklenburg-Vorpommern öffentlich verkünden, „die LINKE als Volkspartei“ (ND, 19. April 2010, S. 5) bzw. zu einer „pragmatischen Volkspartei“ gestalten zu wollen, so widerspricht das

deutlich dem Wesen des Programmentwurfs, steht im Widerspruch zum antikapitalistischen und sozialistischen Charakter der Partei und sollte nicht hingenommen werden.

Bericht über die Bundeskonferenz der KPF in der Partei DIE LINKE vom 27.03.2010

Die friedenspolitischen Prinzipien zu wahren und zu verteidigen, das sieht die Kommunistische Plattform in der Partei Die Linke (KPF) als ihre vorrangige Aufgabe im Rahmen der Programmdebatte in der Partei Die Linke. Schon im Bericht des Bundessprecherrates verwies Friedrich Rabe auf viel Übereinstimmung mit dem vorliegenden Entwurf.

Ein eindeutiges Bekenntnis zu den friedenspolitischen Grundsätzen, wie sie der Münsteraner Parteitag der PDS im April 2000 verabschiedet hat und deren Aufweichung auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke im März 2007 verhindert werden konnte, das forderte auch Prof. Dr. Moritz Mebel in seinem Beitrag zum 65. Jahrestag der Befreiung:

„Doch diese Position ist in der LINKEN nicht unumstritten. Eine Partei, die pauschal Militäreinsätze ablehnt, ist für Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene nicht tauglich. Wer über Regierungsbeteiligung nachdenkt, muss über Militäreinsätze nachdenken. Der Kern der friedenspolitischen Position der LINKEN steht da im Wege. Sie kann aber durchaus Einfluss darauf nehmen, ob in einem Land wie Deutschland, das ein politisches Schwergewicht in der internationalen Arena ist, eine Antikriegsstimmung herrscht. Die LINKE ist die Brücke zwischen der Friedensbewegung und parlamentarischem Widerstand gegen den Krieg. Allerdings ist und bleibt sie das nur so lange, wie sie in der Friedensfrage keine Zugeständnisse macht. Wenn sie diese aufgibt, um ein paar Ministerposten in einer Bundesregierung zu erheischen, dann sollte sie auf ihren Namen verzichten. Wer heute friedenspolitische Prinzipien aufgibt, um koalitionsfähig zu werden, ist nicht links, sondern eine opportunistische Ansammlung.“

Als Richtschnur für die Position der Kommunistischen Plattform wurde das Eingangsstatement von Ellen Brombacher bestätigt, das diese auf einer Podiumsdebatte mit Stefan Liebich vom Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) zum Thema „Linke-Kontroversen in Sachen Friedenspolitik“ gehalten hatte. Die KPF sieht in dem FDS die treibende Kraft, um die prinzipiellen Positionen der LINKEN zugunsten einer Regierungsbeteiligung zu opfern.

Es wurde auch zu Bedenken gegeben, ob es sinnvoll sei, das vorliegende Personaltableau noch einmal zur Diskussion zu stellen. Dies wird vor allem von denen versucht, die den Kurs der Partei ändern wollen. In einer Stellungnahme hatte die KPF bereits erklärt: „Die Kommunistische Plattform hat sich aus gutem Grund aus den innerparteilichen Auseinandersetzungen um Personen herausgehalten. Uns geht es um Inhalte. Daher werden wir auch nicht am grünen Tisch unser Verhältnis zu jenem Personaltableau bestimmen, welches sich auf dem Rostocker Parteitag zur Wahl stellen wird. Uns interessiert einzig und allein, welche Politik der designierte geschäftsführende Vorstand

im Falle seiner Wahl machen wird. Setzt er die erfolgreiche Linie Oskar Lafontaines weiter fort, so gehört ihm unsere Unterstützung. Ändert er seinen Kurs, um Wege für die Regierungsbeteiligung 2013 zu ebnen, so werden wir uns gegen diesen Kurs stellen.“

Kritisiert wurde der Beschluss, dass sich Mitglieder des künftigen geschäftsführenden Vorstandes allen strömungspolitischen Engagements zu enthalten haben. Es wurde gefragt, ob dies nicht doch eine Lex Wagenknecht sei und sich allein gegen die KPF richte. In Anbetracht der für die Partei schwierigen Situation wurde aber Verständnis für Sahras Entscheidung gezeigt, den oben genannten Beschluss zu akzeptieren. Sahra Wagenknecht hat ihr Mandat im Bundeskoordinierungsrat niedergelegt und lässt ihre Mitgliedschaft in der KPF ruhen. Dies gilt, solange der Beschluss nicht aufgehoben wird und sich auch die anderen Strömungsvertreter im geschäftsführenden Vorstand entsprechender Aktivitäten enthalten.

Die Bundeskonferenz verabschiedete auch einen Antrag an die Landtagsfraktion in Brandenburg, sich für den Erhalt der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals einzusetzen.

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

Wichtige Termine

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir bitten Euch, folgende Termine langfristig vorzumerken und durch zahlreiche Teilnahme zum Gelingen der vorgesehenen Veranstaltungen beizutragen:

- **29.05. – 26.06.2010**

Thematische Regionalkonferenzen zu aktuellen Themen der Landespolitik für die Kreise Pr, OPR, UM, BAR, OHV am 29.05. in Bernau, für die Kreise EE, OSL, Lausitz, LDS am 12.06. in Königs Wusterhausen, HVL, P, PM, TF und Brb./Havel am 19.06. in Potsdam und MOL, LOS, FF(O) am 26.06. in Strausberg.

- **18.-20.06.2010**

„Fest der Linken“ in der Berliner Kulturbrauerei mit Info - und Verkaufstand des EL – Netzwerks

- **03.10.2010:**

In schon traditioneller Weise bereitet das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden im Zusammenwirken mit linken Parteien, Organisationen und Medien die „**Alternative Einheitsfeier**“ zum „20. Jahrestag der Einheit“ in Berlin vor, die in diesem Jahr zu einem Angriff auf die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden soll. Den genauen Ort und die Uhrzeit der Veranstaltung werden wir Euch rechtzeitig mitteilen.

- **28.11.2010:**

Anlässlich des 190. Geburtstages von Friedrich Engels findet eine Veranstaltung zum Thema „Die aktuelle Bedeutung der Werke von Friedrich Engels“ statt.

Die genauen Termine und Veranstaltungsorte sind den zu erwartenden Einladungen zu entnehmen.

Besonderen Wert legen wir auf die Teilnahme an allen antifaschistischen Aktionen und die Unterstützung der Bestrebungen zum Verbot der NPD und neofaschistischer Organisationen.